

TOP 1 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Sitzungsverlauf:

Gemäß § 35 Abs. 1 Satz 4 der Gemeindeordnung sind die in der nichtöffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse in der nächsten öffentlichen Sitzung bekanntzugeben, sofern nicht das öffentliche Wohl oder berechnigte Interessen Einzelner entgegenstehen.

In der nichtöffentlichen **Sitzung des Gemeinderats am 15.12.2011** wurde folgender Beschluss gefasst:

1. Die Stadt Schwetzingen verkauft ein Grundstück im Baugebiet „Lange Sandäcker II“.

In der nichtöffentlichen Sitzung des **Technischen Ausschusses am 19.01.2011** wurden Themen beraten, die Gegenstand der heutigen bzw. einer der nächsten Sitzungen sind.

TOP 2 Bürgerfragestunde

Sitzungsverlauf:

Gedenkstätte für die Opfer des Nationalsozialismus

Herr Landtagsabgeordneter Manfred Kern aus Schwetzingen sieht in der Gedenkstätte noch viele offene Fragen, die noch zu klären seien. Er schlägt daher vor, ein Gremium aus Fachleuten zu bilden und die Angelegenheit im Gemeinderat solange zurückzustellen. Er verweist auf die bei der Veranstaltung des Arbeitskreises „Freundliches Schwetzingen“ diese Woche im Palais Hirsch verfasste Resolution, die ja allen vorläge.

Herr Klefenz bezieht sich auf den ursprünglichen Wettbewerb und möchte gerne wissen, wer die fehlerhafte Ausschreibung zu verantworten habe. Ebenso hat er weitere Fragen zu dem Fund im Rathaus sowie den Opferzahlen und deren Definition.

Auch Frau Beate Marchewicz aus Schwetzingen hat Fragen zum Thema der Gedenkstätte, insbesondere auch zum Wettbewerb. Sie hätte sich bei der Veranstaltung diese Woche im Palais Hirsch mehr Präsenz der Stadträte und der Stadt gewünscht. Weiterhin wüsste sie gerne, ob der Kurator für seine Tätigkeit eine Entschädigung erhalte. Des Weiteren fragt sie, wer für die ihres Erachtens ungepflegten Gräber der Zwangsarbeiter verantwortlich sei.

Der Vorsitzende verweist auf die Diskussion im Rahmen der Verhandlung des Tagesordnungspunktes. Es bringe jetzt tatsächlich nichts, immer wieder die gleichen Fragen zu stellen, die das Thema wirklich nicht mehr voranbringen würden. Insofern könne Herr Klefenz auch nicht mit einer Antwort seinerseits rechnen.

Zähringerstraße

Herr Haseley fragt nach dem Budget für die Umgestaltung der Zähringerstraße mit einem Tempo-30-Gebot. Im Rahmen der Sitzung der Mobilen Verkehrskommission hätte der Vorsitzende die Zusage für die Maßnahme gegeben. Das sei dort nachlesbar. Der Vorsitzende weist darauf hin, dass es sich dort nicht um ein Wortprotokoll handele. Im Übrigen habe er bei jeder Gelegenheit betont, dass die Maßnahmen selbstverständlich unter dem Entscheidungsvorbehalt des Gemeinderats stünden, der ja die Entscheidung über derart hohe Finanzposten treffe. Im Übrigen habe er aktuell die oberste Straßenbehörde in der Sache angeschrieben und warte auf Rückmeldung. Er habe deutlich gemacht, dass auch er nicht ganz nachvollziehen könne, dass man für die Umsetzung des Tempo-30-Gebots und das Aufstellen der dazu erforderlichen Schilder unter Umständen 7-stellige Beträge in die Hand nehmen müsse.

TOP 3 Gedenkstätte für die Opfer des Nationalsozialismus Vorlage: 1118/2012

Sitzungsverlauf:

In seiner Einleitung sagt der Vorsitzende, dass das Thema mittlerweile ausreichend diskutiert worden sei. Auch unter Kostenaspekten sei es hinsichtlich des Gebots der Fairness gegenüber den anderen Künstlern richtig, neu auszuschreiben, da auch diese bei höheren Budgets andere Entwürfe abgegeben hätten. Bereits im März habe sich im Gespräch mit Herrn Deiml gezeigt, dass der Kostenrahmen überhaupt nicht einzuhalten sei. Insgesamt wünsche sich die Stadt einen sachlichen Umgang mit dem Thema. Man wolle keinen Streit, sondern eine vernünftige Lösung.

Gemeinderat und Stadt hätten das Projekt zu keiner Zeit infrage gestellt. Jetzt gehe es nur um eine Modifikation des Projekts. Trotzdem solle man die Opfer nicht erneut in ihren Rechten verletzen. Wichtig sei es, dass man die Opfer jetzt endlich aus ihrer Anonymität heraushole, sei es über die Nennung der Verstorbenen auf der Gedenktafel oder der Überlebenden in dem anzulegenden Gedenkbuch. Klar sei, dass der eingetretene Erkenntnisgewinn auch 2013 mit der Einweihung der Gedenkstätte nicht beendet sein wird. Das Projekt sei so ein Teil des laufenden Erkenntnisgewinns.

Anschließend stellt er die vorgeschlagene Lösung nochmals in den wesentlichen Einzelheiten dar.

Es folgen die Stellungnahmen von Stadtrat Imhof, CDU, Stadtrat Dr. Grimm, SWF 97, Stadträtin Glöckler, SPD, - sie kündigt eine unterschiedliche Abstimmung ihrer Fraktion an -, Stadtrat Abraham, Stadträtin Rempp und Stadträtin Maier-Kuhn (s. Anlagen).

Stadtrat Nerz bekennt sich in seiner Stellungnahme zur Ablehnung aus dem letzten Jahr. Er sei der Ansicht, dass jeder das Gedenken für sich selber gestalten müsse. Daher werde er sich heute enthalten.

Der Vorsitzende sagt zum Abschluss, dass er in der Sache wirklich sehr, sehr lange und wiederholt versucht habe, eine Lösung hinzubekommen. Er müsse leider bekennen, dass ihm dies nicht gelungen sei. Unter Hinweis auf die SPD sagte er, dass Formulierungsanregungen für die Gedenkstätte natürlich sehr willkommen seien. Allgemein strebe er an, zur Aufarbeitung der Thematik auch neutralen Sachverstand von außen zu holen. Dafür habe er erste Gespräche geführt.

Beschluss:

1. Gegenüber dem Rathaus, auf dem Platz zwischen dem Hotel Adler Post und dem Rathaus, wird eine „Gedenkstätte zur Erinnerung an die Schwetzingen Opfer des Nationalsozialismus und zur Mahnung an die Wahrung der Demokratie, der Menschenrechte und der Grundrechte“ errichtet. Für die Ausgestaltung der Gedenkstätte gelten die in Anlage 1 zu dieser Beschlussvorlage festgelegten Grundsätze.
2. Die Stadt Schwetzingen beauftragt Dr. Dietmar Schuth, eine bundesweite künstlerische Ausschreibung zur Umsetzung dieser Gedenkstätte durchzuführen. Grundlage für die Ausschreibung ist der Text in der Anlage 2 zu dieser Beschlussvorlage.

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates am 02.02.2012

3. Die Kosten zur Errichtung der Gedenkstätte sind in der Ausschreibung auf höchstens 25.000 EUR einschl. aller Materialkosten, Kosten der Aufstellung und des Künstlerhonorars zu begrenzen.
4. Die Gedenkstätte soll ein Projekt der Schwetzingen Bürgererschaft sein. Daher wird angestrebt, den Bau der Gedenkstätte vorrangig durch Spenden der Bürgererschaft zu finanzieren.
5. Die Einweihung der Gedenkstätte soll am 27. Januar 2013 stattfinden.

Ja 15 Nein 4 Enthaltung 4 Befangen 0

**TOP 4 Gemarkungstausch Plankstadt-Schwetzingen
- Umgliederungsvertrag -
Vorlage: 1107/2012**

Sitzungsverlauf:

Sachvortrag des Vorsitzenden.

Ohne weitere Aussprache.

Beschluss:

Dem Abschluss des als Anlage A beigefügten öffentlich-rechtlichen Vertrages im Zusammenhang mit dem beabsichtigten Gemarkungstausch wird zugestimmt.

Ja 23 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 5 Bebauungspläne

TOP 5.1 Bebauungsplan "Quartier X" Granitzky Areal Aufhebung bisheriges Bebauungsplanverfahren Vorlage: 1108/2012

Sitzungsverlauf:

Herr Kraft verlässt wegen Befangenheit den Ratstisch.

Anschließend erläutert der Vorsitzende das Vorhaben. Man schließe mit diesem sehr schönen Projekt eine hässliche Lücke in Schwetzingen. Es entstehe ein Wohnquartier mit guter Qualität für alle Generationen. Dies sei auch das richtige Signal, um Menschen für die Innenstadt zu gewinnen. Wichtiges Thema sei die Funktionalität der Tiefgarage. Hier sei das intensive Bemühen von Stadtbaumeister Welle zu loben, um hier gemeinsam mit der FDP die notwendigen Verbesserungen zu erreichen. Man steige jetzt auf einen vorhabenbezogenen Bebauungsplan um, damit man die vielen schon besprochenen Detailfragen auch konkret festlegen könne.

Stadtrat Muth ist der Ansicht, dass diese Lösung der Stadt wirklich gut tue. Sein ausdrücklicher Dank gehe an Stadtbaumeister Welle für die Bemühungen, insbesondere in der Frage der Tiefgarage. Diesem Dank schließen sich nachfolgend die Vertreter aller Fraktionen an.

Stadtrat Rupp resümiert, dass für die Stadt das Projekt finanziell gesehen allenfalls Null zu Null aufgehe. Hinzu kämen die Einnahmeverluste während der Bauzeit. Er fordert, dass man in den Verträgen mit FWD auch alle finanziellen Details verbindlich festschreibe. Dies wird von Herrn Dr. Pörtl bestätigt. Er weist darauf hin, dass der Beschluss von damals fortgelte und der entsprechende Vertrag noch im Gemeinderat behandelt werde.

Auch Stadtrat Müller spricht von einer gelungenen Maßnahme mit einer gelungenen Gestaltung, so dass sich insgesamt ein schlüssiges Vorhaben darstelle (s. Anlage).

Frau Maier-Kuhn macht einen Vorschlag zur Gestaltung der Gebäude in der Karlsruher Straße, der eine bessere Gliederung der Gebäude ermögliche. Der Vorsitzende sagt zu das aufzugreifen.

Stadtrat Nerz sieht als kleinen Wermutstropfen, dass es nicht gelungen sei, ein zweites Tiefgaragendeck zu bauen, das aus seiner Sicht auf Dauer vielleicht besser gewesen wäre. Leider habe sich dies wohl nicht finanziell darstellen lassen.

Beschluss:

1. Den Abwägungsvorschlägen der Verwaltung zu den Ergebnissen der Einholung der Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Trägern Öffentlicher Belange sowie der Anregungen der Bürger im Rahmen der öffentlichen Auslegung wird zugestimmt.
2. Das Aufstellungsverfahren des Bebauungsplans ‚Quartier X‘ wird mit der Abwägung der Stellungnahmen aus der öffentlichen Auslegung nach § 3 Abs. 2 BauGB und der Beteiligung der berührten Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange nach § 4 Absatz 2 BauGB eingestellt und der Aufstellungsbeschluss vom 21.10.2010 (Drucksache 913/2010) förmlich nach § 2 Abs. 1 BauGB und § 74 LBO aufgehoben.

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates am 02.02.2012

Die Einstellung des Verfahrens und der Aufhebungsbeschluss des Verfahrens sind ortsüblich bekanntzumachen.

3. Die Grundzüge des Bebauungsplanentwurfs und die Ergebnisse der Abwägung bilden die Grundlage für das weitere Verfahren.

Ja 22 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 1

TOP 5.2 Bebauungsplan "Quartier X" Granitzky Areal
- Aufstellungsbeschluss Vorhabenbezogener Bebauungsplan
- Städtebauliche Einordnung Innenbebauung
- Funktionalität Tiefgarage = Schlossgarage
Vorlage: 1109/2012/1

Sitzungsverlauf:

Herr Kraft verlässt wegen Befangenheit den Ratstisch.

Anschließend erläutert der Vorsitzende das Vorhaben. Man schließe mit diesem sehr schönen Projekt eine hässliche Lücke in Schwetzingen. Es entstehe ein Wohnquartier mit guter Qualität für alle Generationen. Dies sei auch das richtige Signal, um Menschen für die Innenstadt zu gewinnen. Wichtiges Thema sei die Funktionalität der Tiefgarage. Hier sei das intensive Bemühen von Stadtbaumeister Welle zu loben, um hier gemeinsam mit der FDP die notwendigen Verbesserungen zu erreichen. Man steige jetzt auf einen vorhabenbezogenen Bebauungsplan um, damit man die vielen schon besprochenen Detailfragen auch konkret festlegen könne.

Stadtrat Muth ist der Ansicht, dass diese Lösung der Stadt wirklich gut tue. Sein ausdrücklicher Dank gehe an Stadtbaumeister Welle für die Bemühungen, insbesondere in der Frage der Tiefgarage. Diesem Dank schließen sich nachfolgend die Vertreter aller Fraktionen an.

Stadtrat Rupp resümiert, dass für die Stadt das Projekt finanziell gesehen allenfalls Null zu Null aufgehe. Hinzu kämen die Einnahmeverluste während der Bauzeit. Er fordert, dass man in den Verträgen mit FWD auch alle finanziellen Details verbindlich festschreibe. Dies wird von Herrn Dr. Pörtl bestätigt. Er weist darauf hin, dass der Beschluss von damals fortgelte und der entsprechende Vertrag noch im Gemeinderat behandelt werde.

Auch Stadtrat Müller spricht von einer gelungenen Maßnahme mit einer gelungenen Gestaltung, so dass sich insgesamt ein schlüssiges Vorhaben darstelle (s. Anlage).

Frau Maier-Kuhn macht einen Vorschlag zur Gestaltung der Gebäude in der Karlsruher Straße, der eine bessere Gliederung der Gebäude ermögliche. Der Vorsitzende sagt zu das aufzugreifen.

Stadtrat Nerz sieht als kleinen Wermutstropfen, dass es nicht gelungen sei, ein zweites Tiefgaragendeck zu bauen, das aus seiner Sicht auf Dauer vielleicht besser gewesen wäre. Leider habe sich dies wohl nicht finanziell darstellen lassen.

Beschluss:

1. Dem Vorhaben der Fa. FWD Hausbau auf den Flurstücken 392, 478, 479 und teilweise 386 in der am 19.01.2012 vorgestellten Form wird im Hinblick auf die städtebauliche Einbindung und Gestaltung zugestimmt.
2. Der Gestaltung der Tiefgarage im Hinblick auf die Zu- und Abfahrtsituation, die Zuordnung, Anzahl und Größe der Stellplätze wird zugestimmt.

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates am 02.02.2012

3. Es wird ein vorhabenbezogener Bebauungsplan „Quartier X“ nach § 12 BauGB aufgestellt. Der Geltungsbereich des Vorhabenbezogenen Bebauungsplans umfasst entsprechend dem Lageplan, Stand 19.01.2012 die vom Vorhaben berührten Flurstücke 392, 478, 479 und Teile des Flurstücks 386 sowie das unmittelbar angrenzende Flurstück 390. Die Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes erfolgt im beschleunigten Verfahren nach § 13 a BauGB.
- Gleichzeitig wird beschlossen, für diesen Bereich örtliche Bauvorschriften zu erlassen.
 - Entsprechend § 13 a Abs. 2 Nr. 1 BauGB i.V.m. § 13 Abs. 2 Nr. 1 BauGB wird von der frühzeitigen Unterrichtung und Erörterung abgesehen.
 - Entsprechend § 13 Abs. 2 Nr. 1 BauGB i.V.m. § 13 Abs. 3 BauGB wird von der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB, von dem Umweltbericht nach § 2 a BauGB von der Angabe nach § 3 Abs. 2 Satz 2 BauGB, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind, sowie von der zusammenfassenden Erklärung nach § 10 Abs. 4 BauGB abgesehen.
 - Der Aufstellungsbeschluss und die gewählte Verfahrensart sind ortsüblich bekanntzumachen.

Ja 22 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 1

TOP 6 Palais Hirsch - Benutzungsordnung und Nutzungsentgelte
Vorlage: 1070/2011/1

Sitzungsverlauf:

Der Vorsitzende gibt einen Überblick über die neuen Regelungen, die man den bisherigen Nutzungsstrukturen angepasst und insgesamt übersichtlicher und klarer gestaltet habe.

Keine weitere Aussprache.

Beschluss:

Die angepasste und geänderte Benutzungsordnung sowie die Festsetzung der Entgelte für das Palais Hirsch treten zum 01.04.2012 in Kraft.

Ja 23 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

**TOP 7 Genehmigung von überplanmäßigen Ausgaben für das Rechnungsjahr 2011
Vorlage: 1119/2012**

Sitzungsverlauf:

Sachvortrag des Vorsitzenden.

Ohne weitere Aussprache.

Beschluss:

Der Gemeinderat genehmigt die im Rechnungsjahr 2011 angefallenen überplanmäßigen Ausgaben auf der Haushaltstelle 1.8810.500000 Wohn- und Geschäftsgebäude, Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen in Höhe von 85.000 EUR.

Ja 23 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

**TOP 8 Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen
Vorlage: 1116/2012**

Sitzungsverlauf:

Der Vorsitzende bedankt sich bei dieser Gelegenheit für die vielen Spenden an die Schwetzingener Notgemeinschaft, die man einer guten Verwendung zugeführt habe.

Keine weitere Aussprache.

Beschluss:

Der Annahme bzw. Vermittlung der in der Anlage aufgeführten Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen wird zugestimmt.

Ja 23 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 9 Öffentliche Bekanntgaben / Anfragen

Sitzungsverlauf:

Ergänzend zur Bürgerfragestunde informiert der Vorsitzende darüber, dass er das Verkehrsministerium in der Frage der Zähringerstraße angeschrieben habe. Er sei jetzt gespannt, was von dort für eine Antwort komme.

Weiterhin informiert er über eine Verschiebung bei der Einführung der Metropolcard auf den 1. Oktober. Wegen der erfolgten Vereinsgründung könnten vorher keine neuen Mitglieder aufgenommen werden.

